FACHBEREICH • POSTDIENSTE • SPEDITIONEN • LOGISTIK

be ver.di wegen

Heft 10/2006

RFID
Seiten 8 – 9

Foto: ver.di

Vereinbarung abgeschlossen

Zustellung in Kompakten Gebieten

INHALT

Titelthema
4-5 Vereinbarung zur Zustellung in Kompakten Gebieten

Mitbestimmung
6-7 Logistiktag Mitbestimmung als Chance

Logistik
8-9 RFID – kleine Chips, große Wirkung

Postdienste
10 Streik beim privaten Briefdienstleister

ver.di im Gespräch mit Vize-Kanzler

Aktivitäten
11 Freizeit-, Kultur- und Gewerkschaftstreffen in Venedig

Service
12 Termine

IMPRESSUM
bewegen
Nr. 10/2006
5. Jahrgang
Herausgeber:
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesvorstand:
Frank Bsirske, Rolf Büttner
Redaktion:
Dr. Sigrun Schmid (verantwortlich), Gabriele Sander, Helma Nehrlich (redaktionelle Mitarbeit)
E-Mail:
bewegen.psl@verdi.de
Online-Ausgabe:
www.verdi-Fachbereiche.de
Redaktionsanschrift:
ver.di Bundesverwaltung Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik
10112 Berlin
Telefon 0 30/69 56-0
Fax 0 30/69 56-37 62
Erscheinungsweise:
9 Ausgaben pro Jahr
Redaktionsschluss:
Heft 11/2006: 27. Oktober 2006
Heft 12/2006: 23. November 2006
Gestaltung + Layout:
Sabrina Stamm
Druckauflage:
266 000
Herstellung + Druck:
apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt, www.alpha-print-medien.de

NACHRICHTEN

Kampf für bessere Arbeitsbedingungen

„Global organisieren – Durchsetzungskraft stärken", stand auf Plakaten und Flugblättern, mit denen Informationsstände an Grenzübergängen, etwa in Weil am Rhein, Frankfurt/Oder, Kleinbittersdorf/Saargemünd und in Zinnwald/Sachsen, bestückt waren. Auch an Autobahnraststätten, in Güterverkehrszentren, auf dem Flughafen München, in Zentrallagern oder auf Autohöfen wurden sie an Passanten und Beschäftigte verteilt. ver.di beteiligte sich vom 9. bis 15. Oktober 2006 an der Internationalen Aktionswoche für die Beschäftigten der Transportbranche. Die Internationale Transportföderation (ITF) organisierte sie nun bereits zum zehnten Mal. Ziel der weltweiten Kampagne ist es, auf die dramatischen schlechten Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen. ***neh***

KEP-Aktionstag

Am 9. November 2006 findet erstmals in der KEP-Branche ein gemeinsamer Aktionstag von ITF und UNI bei den Globalplayern UPS, FedEx, TNT und DHL statt.
Das Ziel ist eine weltweite Vernetzung der Arbeitnehmer der Branche. Im Mittelpunkt der Forderungen stehen die Einhaltung der nationalen Arbeits- und Sozialstandards beziehungsweise kollektivrechtlicher Regelungen.
ver.di ruft die Beschäftigten auf, sich unter dem Motto „Global organisieren – Wir kämpfen für unsere Rechte" an den Kundgebungen, Flugblattaktionen, Betriebsrätetagungen und Betriebsversammlungen zu beteiligen.

Thomas Meseke

Einmalzahlung für Beamte kommt

Das Jahr 2006 neigt sich dem Ende zu. Nun scheint endlich Bewegung zu kommen in die Frage der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes für die Jahre 2005 bis 2007.
Wir erinnern uns: Auf Grundlage des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst im Jahr 2005 hatte die alte Bundesregierung in einem Gesetzentwurf die Übertragung der Tariferhöhungen auf die Beamten vorbereitet: Drei Einmalzahlungen von je 300 Euro für die Jahre 2005, 2006 und 2007. Dann kamen die Neuwahlen, der Gesetzentwurf verschwand erst einmal in der Schublade. Die neue Bundesregierung sagte zu, die Besoldungsanpassung nach Umsetzung der Föderalismusreform anzupacken. Diese ist längst beschlossen.
ver.di konnte mit dem Bundesinnenministerium verabreden, dass durch das Bundeskabinett in Kürze – im Vorgriff auf die beabsichtigten gesetzlichen Regelungen – Abschlagszahlungen beschlossen werden. Vermutlich werden die Zahlungen für die Jahre 2005 und 2006 noch dieses Jahr geleistet. Für die aktiven Beamten bei der Deutschen Post werden diese Einmalzahlungen zusätzlich zu den bereits von ver.di erreichten postspezifischen Einmalbeziehungsweise Sonderzahlungen.
Bezüglich von Einmalzahlungen an die Pensionäre gibt es noch keine Entscheidung. ver.di befindet sich noch im Gespräch mit dem Ministerium. ***Holger Eisenhardt***

ver.di fordert Verhandlungen zum Beschäftigungspakt

Nachdem im Frühjahr 2003 Pläne des Postvorstandes zur Auslagerung des Paketdienstes und Fremdvergabe der Zustellung bekannt geworden waren, konnte ver.di im Juli 2003 bei der Deutschen Post AG einen Beschäftigungspakt durchsetzen. Kernstück ist die tarifvertragliche Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis 31. März 2008. Zudem ist die Fremdvergabe von Brief und Paketzustellbezirken bis 31. Dezember 2006 ausgeschlossen. Ausnahme ist die Fremdvergabe von bis zu 600 Zustellbezirken im Paketbereich.
Im Gegenzug wurden mit dem Tarifvertrag 112a Regelungen zur freiwilligen Übernahme von zusätzlichen Leistungen mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2006 vereinbart. Die jährliche Freistellung von der Arbeit am 24. und 31. Dezember wurde für die Beschäftigten ebenfalls bis zum 31. Dezember 2006 außer Kraft gesetzt.
Im Rahmen des Beschäftigungspaktes wurden zudem für Beamte in der Post-Arbeitszeitverordnung spezielle Regelungen vereinbart. Danach ist die Wochenarbeitszeit für Beamte der Deutschen Post AG bis zum 31. Dezember 2006 auf 38,5 Stunden festgeschrieben. Ohne Anschlussregelung gilt ab 1. Januar 2007 die Wochenarbeitszeit aus der Arbeitszeitverordnung für Bundesbeamte und die beträgt inzwischen 41 Stunden. Zum Schutz der Beschäftigten hat ver.di die Deutsche Post AG aufgefordert, Verhandlungen zur Fortschreibung der Regelungen aus dem Beschäftigungspakt aufzunehmen.

Stephan Teuscher

Foto: Aris Papadopoulos

Gespräch zwischen ver.di und dem Vorsitzenden der SPD, Kurt Beck, zur Liberalisierungspolitik des Postmarktes. Vereinbart wurde die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern des Parteivorstandes sowie der Bundestagsfraktion der SPD zusammensetzt und ver.di. Sie soll eine Positionsbeschreibung zur weiteren Liberalisierung des europäischen Postmarktes und den damit verbundenen Auswirkungen auf die deutsche Postpolitik erarbeiten, um diese dann in die politische Diskussion einzubringen (Foto von links nach rechts: Kurt Beck, Rolf Büttner, stellvertretender ver.di-Vorsitzender, Andrea Kocsis, Leiterin des Landesfachbereichs Postdienste, Speditionen und Logistik in Nordrhein-Westfalen).

Drei Prozent mehr Geld

Die Tarifbeschäftigten der Deutschen Post AG bekommen ab 1. November drei Prozent mehr Geld. Für die Tarifbeschäftigten der Postbank Filialvertrieb AG gibt es zum 1. Dezember drei Prozent mehr Geld. Das hat ver.di mit der Tarifrunde vom Frühjahr 2006 durchgesetzt.

ver.di auf dem Nürburgring

Der ver.di-Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik Rheinland-Pfalz und die GUV/FAKULTA waren beim diesjährigen Truckertreffen vom 21. bis 23. Juli 2006 am Nürburgring vor Ort. Die Besucher des Info-Standes nutzten die Gelegenheit sich zu den Möglichkeiten von Arbeitnehmervertretungen beraten zu lassen, ebenso zu den Änderungen der EU-Sozialvorschriften und zur Umsetzung der EU-Richtlinie für das Fahrpersonal in nationales Recht. In einer Diskussionsrunde stellte sich der Autor des Buches „Tatort Autobahn", Uli Röhm (Bildmitte), den Fragen des Publikums. ***Tanja Ruloff***

Foto: GUV-FAKULTA

Korrekte Nummerierung der bewegen

Die Ausgabe des Mitgliedermagazins bewegen erhält immer die analoge Nummerierung zum Nummernverlauf der Trägerpublikation PUBLIK, denn die bewegen liegt für die Mitglieder des Fachbereiches bei jeder Ausgabe der PUBLIK bei.
Durch eine nun erfolgte Änderung bei der Mitgliederzeitung PUBLIK haben wir die Nummerierung unseres vorliegenden Mitgliedermagazins bewegen 10/2006 angepasst.

ANZEIGE

Zustellung in Kompakten Gebieten

Vereinbarung abgeschlossen

Foto: DP AG

Nach einer weit über ein Jahr in unseren Gremien geführten Diskussion zur Zustellung in Kompakten Gebieten – oder wie auch formuliert „13-Uhr-Zustellung" – haben nunmehr ver.di und der Gesamtbetriebsrat mit der Deutschen Post AG eine Vereinbarung geschlossen, die die Umsetzung dieses Betriebskonzeptes unter Wahrung der Interessen der Beschäftigten regelt.

Neues Betriebskonzept

Hinter der Zustellung in Kompakten Gebieten verbirgt sich die Arbeitgeberabsicht, in Bereichen, in denen überwiegend Geschäftskunden ansässig sind, die Zustellung von Montag bis Samstag bis zirka 13.00 Uhr zu beenden. Anders ausgedrückt heißt das, dass die Post Wettbewerbern, die ihre Dienstleistungen vorrangig in diesen sogenannten Kompakten Gebieten anbieten, eine höhere Qualität in der Erbringung der Dienstleistungen gegenüberstellen will. Beabsichtigt ist, eine Zustellform einzuführen, die für Absender wie für Empfänger werktäglich eine Zustellzeit bis zirka 13.00 Uhr garantiert. Zugleich wird diese zusätzliche Dienstleistung als ein wichtiges Kundenbindungsinstrument angesehen.

Zustellmodelle

Das neue Betriebskonzept umfasst ausschließlich die reine Briefzustellung. Dies bedeutet, dass sämtliche rund 33 000 Zustellbezirke in der Verbund- und Inselzustellung davon ausgenommen sind.

In den Kompakten Gebieten sind rund 20 000 Fuß- und Fahrradbezirke eingerichtet. Die geschlossene Vereinbarung sieht vor, dass von 22 740 Arbeitseinheiten 9000 bis zum 31. Dezember 2009 in drei unterschiedliche Zustellmodelle überführt werden. Diese sind so angelegt, dass die Zustellung von Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigten bis zum zugesagten Zeitpunkt – zirka 13.00 Uhr – durchgeführt werden kann. Die Überführung der festgelegten Anzahl von Arbeitseinheiten in die vereinbarten Modelle erfolgt in drei gleichen Jahresschritten.

- Rund 6000 von den genannten insgesamt rund 9000 Arbeitseinheiten werden für die Einrichtung von Bezirken genutzt, in denen zukünftig die Vorbereitung der Sendungen von der Zustellung getrennt wird. Das entspricht rund 5200 Zustellbezirken. Die Zustellung in diesen Bezirken erfolgt dann mit Teilzeitkräften, denen die Sendungsmenge in Gangfolge sortiert zu einem Übergabepunkt zugeführt wird. Der Zustellgang beginnt und endet dann jeweils am Übergabepunkt.

Die Grundstruktur eines Übergabepunktes wurde in der Vereinbarung beschrieben. So wurde beispielsweise festgelegt, dass es sich bei einem Übergabepunkt um eine Räumlichkeit handeln muss und damit ausgeschlossen ist, dass die Übergabe der Sendungen über Ablagekästen oder gar im Freien stattfindet. Weiterhin wurde festgelegt, dass der Übergabepunkt Arbeitsort ist, was bei allen sich ergebenden personalrechtlichen Fragen von Bedeutung ist.

- Ein weiteres Modell sieht vor, dass ein Zusteller die Sendungsmenge für seinen eigenen und einen der zuvor genannten Teilzeitbezirke vorbereitet und anschließend in seinem Bezirk bis zirka 13.00 Uhr zustellt. In diesem Modell werden 2000 Arbeitseinheiten, die weiterhin in Vollzeit arbeiten, tätig sein. Dies entspricht rund 1700 Zustellbezirken.
- Das dritte Modell mit 1000 Arbeitseinheiten, dies entspricht rund 900 Zustellbezirken, erfordert unter Berücksichtigung der Zusicherung der Zustellung bis zirka 13.00 Uhr keine Veränderungen gegenüber der heutigen Praxis. In den für dieses Modell vorgesehenen Bereichen wird die Vorbereitung und Zustellung weiterhin jeweils durch eine Vollkraft wahrgenommen und die Zusage einer Zustellung bis zirka 13.00 Uhr erfüllt.

Änderungskündigungen sind ausgeschlossen

Im Ergebnis bedeutet dies, dass das Betriebskonzept „Zustellung in Kompakten Gebieten" dazu führen wird, dass rund 5200 Zustellbezirke, beginnend mit dem 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2009, in Teilzeitbezirke umgewandelt werden, um die Zustellung in diesen Bereichen bis zirka 13.00 Uhr gewährleisten zu können. In den restlichen unter die Vereinbarung fallenden rund 2600 Bezirken werden weiterhin Vollzeitkräfte eingesetzt.

Die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitbezirke bedeutet allerdings nicht, dass damit die Verringerung der Wochenarbeitszeit der betroffenen Beschäftigten mittels Änderungskündigung verbunden ist. Denn erstmalig ist es uns gelungen, betriebsbedingte Änderungskündigungen zum Zwecke der Verringerung der Wochenarbeitzeit für die von diesem Betriebskonzept betroffenen Beschäftigten auszuschließen. Das heißt, dass kein von der Maßnahme betroffener Beschäftigter, der derzeit in Vollzeit beziehungsweise Teilzeit mit mindestens einer halben Wochenarbeitszeit tätig ist und dessen Arbeitsverhältnis mindestens zwei Jahre ununterbrochen besteht, die Absenkung seiner Arbeitszeit befürchten muss.

Rationalisierungsschutz

Weiterhin wurde sichergestellt, dass die Wochenarbeitszeit der Beschäftigten, die künftig nach diesem Betriebskonzept Teilzeitarbeit in der Zustellung leisten, nicht unter 19,25 Wochenstunden liegen darf, und dass die Regelungen des Rationalisierungsschutztarifvertrages bei der Umsetzung voll zur Anwendung kommen.

Keine Fremdvergabe

Für ver.di und den Gesamtbetriebsrat stand die Zustimmung zu einer zentralen Regelung immer unter dem Vorbehalt des Ausschlusses der Fremdvergabe von Zustellleistungen. Derzeit haben wir über den Beschäftigungspakt die Sicherheit, dass die Fremdvergabe von Zustellleistungen in der Briefzustellung bis zum Jahresende 2006 ausgeschlossen ist (siehe Seite 2 dieser Ausgabe).

In den Verhandlungen zu dem hier beschriebenen Betriebskonzept war es nicht möglich, den Beschäftigungspakt zu öffnen, um den Teil der Fremdvergabe losgelöst von allen anderen Punkten, die zum Jahresende auslaufen, bereits im Zusammenhang mit der Zustellung in Kompakten Gebieten zu regeln.

Wir haben uns mit der Deutschen Post AG darauf verständigt, dass die hier dargestellte zentrale Vereinbarung nur unter der Voraussetzung in Kraft tritt, dass die Fremdvergabe von Zustellbezirken auch über das Jahresende 2006 hinaus ausgeschlossen bleibt.

Damit konnte – angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen im Briefbereich durch den Wettbewerb, weitere Liberalisierung und zurückgehende Sendungsmengen – ein ganz wesentlicher Beitrag zum Schutz der Arbeitsplätze in der Briefzustellung erreicht werden. Diese Veränderungen und den Wandel im Interesse der Beschäftigten mitzugestalten, ist und bleibt eine der Hauptaufgaben von ver.di.

Helmut Jurke

bewegen | *Warum haben ver.di und der Gesamtbetriebsrat mit der Post AG diese zentrale Vereinbarung geschlossen?*
Helmut Jurke | Unser Ziel war es, bei den bevorstehenden Veränderungen in der Zustellung eine für alle Brief-Niederlassungen gleiche Plattform zu haben. Denn die Erfahrung zeigt, dass wir bei zentralen Vereinbarungen weitreichendere Schutzregelungen durchgesetzt bekommen, als das mit örtlichen Regelungen in vielen Fällen möglich ist.

Foto: ver.di

bewegen | *Wie schützt die Vereinbarung die Beschäftigten?*
Helmut Jurke | Kein Beschäftigter, der heute in der von den Veränderungen betroffenen reinen Briefzustellung tätig ist, muss befürchten, dass seine Arbeitszeit mit einer Änderungskündigung abgesenkt wird. Das ist der größte Schutz im Hinblick auf die Arbeitszeit der Beschäftigten und das ist damit auch ein sehr großer Erfolg dieser Vereinbarung. Wichtig ist auch, dass die Wochenarbeitszeit für die in der Zustellung einzusetzenden Teilzeitkräfte auf mindestens 19,25 Stunden festgeschrieben wurde.

bewegen | *Was können Beschäftigte tun, wenn die Vereinbarung nicht eingehalten wird?*
Helmut Jurke | Der erste Weg ist der zum Betriebsrat. Die Betriebsräte der Brief-Niederlassungen sind informiert und stehen den Kolleginnen und Kollegen mit Rat und Tat zur Seite. Man muss den Mut haben etwas zu sagen, wenn gegen Vereinbarungen, die zum Schutz der Beschäftigten durchgesetzt wurden, verstoßen wird! Für uns ist es ganz wichtig, auf zentraler Ebene derartige Fälle konkret gegenüber dem Arbeitgeber belegen zu können. Die Erfahrung nämlich zeigt uns hier, dass dann die örtlichen Niederlassungsleitungen durch die Zentrale auf den Pfad der Vertragstreue zurückgeführt werden können.

Logistiktag

Mitbestimmung als Chance

Foto: Frank Pusch

Gewaltig umstrukturieren und die Beschäftigten mit den Folgen allein lassen? Unternehmensvertreter, Konzernbetriebsräte, Gewerkschafter und Workshop-Referenten debattierten zu neuen Herausforderungen für die Mitbestimmung in der Logistikbranche.

Eine „Sonnenseite" und eine „Schattenseite" habe die Logistik, hieß es zur Begrüßung. Während einerseits die Branche „auf dem Börsenparkett als ein Stoff gehandelt" werde, „aus dem sich die feinsten Globalisierungsträume weben lassen", gäbe es andererseits „viele Missstände" – skandalöse Arbeitsbedingungen, Lohn- und Sozialdumping, illegale Beschäftigung. Welche neuen Herausforderungen stellen sich angesichts aktueller Entwicklungen für die Mitbestimmung? Antworten suchte der ver.di-Logistiktag 2006, der im Rahmen der Mitbestimmungsmesse „dieMit" am 13. Oktober in Bremen stattfand.

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder erinnerte zur Eröffnung daran, dass es hierzulande einflussreiche Kräfte gäbe, die die Mitbestimmung am liebsten ganz abschaffen würden. Dem müsse Geschlossenheit entgegengestellt werden. Ohne Mitbestimmung, ohne Tarifautonomie, gäbe es nur Marktwirtschaft pur und am Ende auch keine soziale Demokratie, betonte er.

Spielräume nutzen

Die Logistikbranche wird gegenwärtig von immensen Umstrukturierungsprozessen im internationalen und nationalen Rahmen geprägt, die mit Konfliktpotenzial, auch mit Rechtsunsicherheit und hoher Komplexität verbunden sind. Diese Entwicklungen bedeuten aber auch mehr Verhandlungsmöglichkeiten für betriebliche oder unternehmensweite Interessenvertretungen. Kreative Lösungen in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft sind gefragt.

„Outsourcing in der Logistik" war Thema im ersten Workshop. Referent Michael Felser stellte den § 613a BGB als zentrale Norm für Betriebsübergänge in den Mittelpunkt und betonte, dass diese eine Arbeitnehmerschutzvorschrift sei. Interessierte finden dazu Tipps unter www.betriebsuebergang.de.

Hilda Feige, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der DHL Solution Retail GmbH, fühlte die Arbeit ihrer Interessenvertretung bestätigt. „Wir haben gerade einen Betriebsübergang hinter uns gebracht und ich konnte mich überzeugen, dass wir als Betriebsrat Wesentliches beachtet und geregelt haben, um die Rechte unserer über 1500 Kollegen zu schützen und zu erhalten". Die dargestellten Beispiele – auch aus anderen Betrieben – seien hilfreich gewesen, da sich Interessenvertretungen bei Outsourcing ja nie sicher sein könnten, „ob das endgültig ausgestanden ist".

Was Betriebsräte tun können, um Nachteile für Beschäftigte von zugekauften oder fusionierten Unternehmen zu verhindern, interessierte Barbara Henke, Referentin im Konzernbetriebs-

rat der Deutschen Post. „Wir sehen uns genau an, wie Verträge der übernommenen Firmen gestaltet waren. Dank unseres hohen Organisationsgrades und mit der Gewerkschaft im Rücken gelingt es durchaus, auch Besitzstands- und Beschäftigungssicherung über den § 613a BGB hinaus zu erreichen".

Das Thema Globalisierung und Internationalisierung der Logistikbranche wurde im zweiten Workshop beleuchtet. Referent Dr. Dieter Plehwe, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, warnte angesichts einer volkswirtschaftlichen Beschäftigungsverschiebung in der „Boombranche", scheinbares nicht mit echtem Wachstum zu verwechseln. Er stellte Auswirkungen des zunehmenden Diktats der Marktbeherrschung durch Global Player auf die kleineren Firmen zur Diskussion. Mittlerweile würden bereits „70 Prozent der Verkehrspolitik in Brüssel gemacht". Auch die Gewerkschaften und die Beschäftigten müssten Lobbyarbeit betreiben und Einfluss auf solche Gesetzgebungsverfahren nehmen.

Andrea Winter, Betriebsrätin bei Kühne & Nagel, nach dem Workshop: „Wir sind mit dem Bemühen, einen europäischen Betriebsrat zu gründen, auf dem richtigen Weg. Die Globalisierung und wachsende Aufkäufe als Unternehmenspolitik erfordern entsprechende Reaktionen, damit wir im erweiterten Rahmen unser Mitbestimmungsrecht ausüben können."

Der dritte Workshop mit dem zugespitzten Thema „Mitbestimmung im Weltall" erörterte den Stand der Einführung neuer Technologien wie GPS, Videoüberwachung oder Radio Frequenz Identifizierung (RFID) und notwendige Regelungen im Interesse der Beschäftigten.

Gegen weiße Flecken und Sozialdumping

Eine abschließende Podiumsdiskussion vereinte neun Referenten und Gewerkschafter, Unternehmer und Betriebsräte in der Debatte um neue Herausforderungen an die Mitbestimmung in der Logistikbranche.

Das Problem, so Werner Schäffer, ver.di-Bundesfachgruppenleiter Speditionen und Logistik, seien nicht Großunternehmen, sondern eher die Mittel- und Kleinbetriebe. Damit keine mitbestimmungsfreien Räume entstehen, wäre es hilfreich, so Thomas Koczelnik, stellvertretender Konzernbetriebsratsvorsitzender der Deutschen Post AG, „möglichst in allen Bereichen Tarifverträge auszuhandeln". Im eigenen Gremium gelte ein Integrationskonzept, nach dem Betriebsräte aus zugekauften Bereichen in die Arbeit einbezogen und gemeinsame Strategien entwickelt würden. Als „Last und Chance" bezeichnete Dr. Stefan Kurrle, CEO DHL Exel Supply Chain, DHL Logistics GmbH und DHL Solutions GmbH, die Mitbestimmung in den eigenen Unternehmen. Sie sei eine „treibende Kraft unserer Entscheidungen" und habe – mit Blick auf die Konkurrenz – sowohl Einfluss auf Standortentscheidungen als auch den Preis angebotener Dienstleistungen. Bisherige Überleitungen seien „sozialverträglich" erfolgt und das Unternehmen habe übernommenen Mitarbeitern „nicht aktiv in die Tasche gefasst", versicherte Severin Martin, Abteilungsleiter Koordination Tarifpolitik Deutschland bei der Deutschen Post AG. Bei Neueinstellungen orientiere man sich dagegen „an den Logistikstandards". Prozesse der Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeitsplätzen seien unübersehbar, warnte Dr. Dieter Plehwe. Dagegen seien politische Allianzen und Entscheidungen nötig. (Mehr unter www.dieMit.de.) ***neh***

ANZEIGE

Foto: transit / Nemes

RFID – Kleine Chips, große Wirkung

Oft wird eine wahre Revolution versprochen: Die Technologie mit den vier Buchstaben RFID, die für Radio Frequenz Identifikation stehen, verspricht ungeahnte Anwendungsmöglichkeiten, grundlegend verbesserte Geschäftsprozesse und vor allem immense Einsparungen. In Heller und Pfennig erwiesen sind die meist noch nicht. Aber eines scheint sicher: RFID ist auf dem Vormarsch, ein Zurück ausgeschlossen. Auf RFID-Anwendungen sollten Interessenvertretungen und Beschäftigte rechtzeitig vorbereitet sein.

Eintrittskarten für die Fußballweltmeisterschaft 2006 waren damit ausgerüstet, in Skipässen und Kundenkarten stecken die Komponenten, Bibliotheken statten so ihre Bücher aus, Autoverleiher ihre Fahrzeuge. RFID wird in vielen Bereichen von Industrie, Dienstleistung und Handel bereits erprobt und praktisch eingesetzt. Bekannt ist die „Future-Store"-Initiative des Handelsriesen Metro, bei der bereits jetzt Kunden von RFID-Anwendungen als Vorgeschmack auf die „Zukunft im Handel" profitieren.

Andernorts erfolgt Innovation eher im Stillen: „Betsy", das Betriebssteuerungssystem für den Expressbereich von DHL, wurde bereits Mitte der 90er Jahre gestartet. Es setzt zum wesentlichen Teil auf RFID. Die Ein- und Ausfahrten der Paketzentren sind mit Leseeinheiten ausgerüstet, die Wechselbrücken mit RFID-Chips. Passiert ein solcher Transportcontainer ein Lesegerät, werden seine Nummer, Datum und Uhrzeit gespeichert. Fährt ein Spediteur mit einem leeren Lkw vor, prüft „Betsy" dessen RFID-bestückte Zugangskarte und weist an, wo ein Wechselbehälter auf Abholung wartet.

RFID-Chips werden seit Jahren bei der Deutschen Post in den sogenannten Prüfbriefen eingesetzt. Sie liefern intern Daten zur Messung der Brieflaufzeiten. Speziell der „letzten Meile" vom Sortierzentrum bis zum Empfänger galt dabei in letzter Zeit die Aufmerksamkeit. Seit Oktober 2005 läuft ein Großprojekt für den Brieftransport der Deutschen Post. Mit Industrie- und Forschungspartnern gemeinsam werden neuartige, teils wieder beschreibbare RFID-Etiketten entwickelt. Sie sollen bald die Papierlabel zur Steuerung und Verfolgung der etwa 13 Millionen Briefsammelboxen ersetzen. Das Bundesforschungsministerium fördert die Entwicklung bis 2008 mit 2,4 Millionen Euro.

Auf der CeBIT 2006 stellte der Konzern zudem das Modell einer mit einem RFID-Lesegerät bestückten „Packstation der Zukunft" vor, die auf ihren flächendeckenden Einsatz wartet.

Schenker testet gegenwärtig in verschiedenen Häfen die Containerverfolgung mittels Sensor- und Funktechnologie. Durch die automatische Erfassung von RFID-Chips in Containern verspricht sich Schenker in der Seefracht höhere Transparenz der internationalen Lieferketten, speziell im Sammelgutverkehr.

Tests und hohe Erwartungen

„Durch den Einsatz von RFID werden Lieferzeiten verkürzt, Bestände optimiert, Lieferengpässe sowie teure Vorratslager vermieden und der Warenschwund reduziert", wirbt Telekom-Tochter T-Systems, die auch maßgeschneiderte RFID-Lösungen anbietet und für Railion europaweit die Überwachung von Güterbahnwaggons testet.

Der technische Hintergrund für all das ist gar nicht so kompliziert und auch nicht ganz neu. Doch erst das jüngste Computerzeitalter ermöglicht massenhaften Einsatz. Generell ist RFID eine Basistechnologie zur Datenerfassung, Identifizierung und Lokalisierung von Waren, Transportbehältern, Lagerorten. Der große Vorteil: Die Daten können berührungslos, ohne Sichtkontakt – also auch quasi unbemerkt – erfasst und übertragen werden.

Was steckt technisch dahinter?

Herzstück der Technologie ist der RFID- oder Smart Chip. In ein hauchdünnes Klebeetikett eingebettet, wird er auf Kartons, Paletten oder Behälter angebracht, kann sogar in Textilien eingearbeitet werden.

In der Regel sind diese Chips „passiv". Sie „funken" also nicht selbst, sondern geben gespeicherte Informationen nur preis, wenn in einer Entfernung von wenigen Metern ein RFID-Lesegerät ein elektromagnetisches Feld erzeugt. Dessen Frequenz wird von der im Chip eingebauten Mini-Antenne empfangen. Auf dem Chip sind Informationen gespeichert, zumeist der elektronische Produktcode (EPC), mit dem sich jeder Handelsartikel eindeutig identifizieren lässt. Durch eine spezielle Anwendersoftware können dem Code zusätzliche Informationen wie Hersteller, Versanddatum, Gewicht und Mindesthaltbarkeitsdatum oder sogenannte Zeitstempel zugeordnet werden. Dadurch – so das erklärte Ziel vieler Anwender – sollen Lieferabläufe entlang der Logistikkette schneller und effektiver gestaltet werden, können „intelligente Regale" funktionieren und perspektivisch vielleicht sogar der Kühlschrank melden, dass die Milch alle ist.

Bislang kosten herkömmliche Silizium-Chips noch 20 bis 30 Cent, für Massenware einfach zu teuer, weshalb zunächst meist Paletten, Großgebinde oder Behälter gekennzeichnet werden. Bei hochwertigen Konsumgütern, wie Digitalkameras, sehen das Versandhändler schon anders. Doch bald dürften auf Plastikfolie gedruckte Chips für wenige Eurocent erhältlich sein. Die Investitionskosten für Anwendungsprojekte insgesamt bleiben hoch. Über den Punkt, wann sich die Investition rechnet, streiten gegenwärtig vielerorts Entwickler und Unternehmensmanager. „Die Vorteile der Technologie müssen die Mehrkosten – etwa für die Umrüstung – rechtfertigen", erläutert der Sprecher der Hermes Logistik Gruppe die Strategie. Doch scheint RFID-Einsatz mittlerweile auch Prestigefrage und Wettbewerbsargument zu sein. Für den deutschen Einzelhandel werden perspektivisch Einsparpotenziale von sechs Milliarden Euro jährlich prognostiziert.

„In wenigen Jahren wird RFID so allgegenwärtig sein wie der Barcode", sind Entwickler von IBM Deutschland sicher. Tatsache ist allerdings, dass RFID wesentlich mehr kann als der herkömmliche Strichcode. Technisch ist es möglich, auf den Chips auch Informationen zu speichern, die Rückschlüsse auf Personal und Kunden zulassen. Wer „Herr der Daten" ist, kann sie in seinem Interesse nutzen.

Die Kehrseite nicht außer Acht lassen

Bei der Einführung solcher Technik müsse abgewogen werden „zwischen den berechtigten Interessen der Arbeitgeber an der technischen Innovation und schutzwürdigen Arbeitnehmerinteressen", meint etwa Dr. Thilo Weichert vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein. Die Gewerkschaft ver.di, wie auch Software-Experten und Datenschützer verweisen nachdrücklich auch auf die Kehrseite der Innovationen, die intelligenten Warenfluss, Just-in-Time-Produktion und computergestützte Personalplanung versprechen: Die Gefahr von Personalabbau und Wissensentwertung, mögliche gesundheitliche Risiken und weitere Schritte auf dem Weg zum „gläsernen" Mitarbeiter oder Kunden dürfen nicht übersehen werden. Wenn Briefe mittels RFID auf ihrer „letzten Meile" verfolgt werden, kontrolliert das gleichzeitig den Zusteller. Wenn der Frachtweg vom Lager zum Einzelhändler lückenlos überwacht wird, liefert das auch Informationen über den Fahrer. Die Festlegung von Standards, gesetzliche Regelungen zur Datensicherheit sowie Vorbeugung gegen Missbrauch liegen deshalb im allgemeinen und vor allem im Beschäftigteninteresse.

Auf der ver.di-Logistikkonferenz in Leipzig wurde schon vor Monaten auf RFID-Auswirkungen für die Beschäftigten verwiesen. Abbau von Arbeitsplätzen, Leistungsverdichtung, zunehmende Computerkontrollen und Zentralisierung von Entscheidungen wurden als Gefahren genannt. Deshalb gelte es, den Einsatz von RFID in den Unternehmen transparent zu machen, Leistungskontrollen zu begrenzen, Betriebsratskooperationen entlang von Logistikketten zu organisieren und – wenn möglich – Betriebsvereinbarungen und tarifvertragliche Regelungen zur RFID-Anwendung durchzusetzen. Erste Beispiele für solche Vereinbarungen gibt es. Was etwa bei Galeria Kaufhof im Zusammenhang mit dem RFID-Einsatz hinsichtlich Arbeitsplatzsicherheit und Qualifizierung geregelt wurde, sollte auch andernorts bedacht werden. So wurde das auch gerade bei einem Workshop zum Logistiktag im Rahmen der „dieMit" in Bremen von Experten und Betriebsräten gesehen. Freilich, vielerorts liegen solche Regelungen noch in weiterer Ferne. Doch Beschäftigte und vor allem Interessenvertretungen tun gut daran, sich zügig mit solchen Neuerungen und ihren Auswirkungen zu beschäftigen. Meist bedeutet RFID-Einsatz eine Betriebsänderung und ist deshalb Mitbestimmungssache. (Der Beitrag wird fortgesetzt.) ***neh***

Radio Frequency Identification (RFID) ist eine Technologie, mit der Gegenstände identifiziert und lokalisiert werden. Sie werden dazu mit einem kleinen **RFID-Transponder**, einem Radiofrequenz-Chips mit winziger Antenne, bestückt. Ein **Lesegerät**, etwa in einen Türrahmen oder einen tragbaren Computer integriert, kann gleichzeitig sogar mehrere solcher unscheinbaren Chips (auch **Smart Chips** = intelligente Chips oder **Tags**) berührungslos erfassen und die abgelesenen Daten speichern und weitergeben. RFID-Chips können nicht nur ausgelesen, sondern auch beschrieben werden, was die Aktualisierung etwa durch Zeitangaben ermöglicht. Der **Elektronische Produktcode (EPC)** ist das Herzstück der auf einem RFID-Chip gespeicherten Daten. Der EPC löst den bisher bekannten **Strich- oder Barcode (EAN)** ab und ist einem Produkt eindeutig zugeordnet. Nach dem bisher vereinbarten Standard enthält der EPC neben Datenkopf und Herstellerkennung eine Produkt- und zusätzlich eine Serien-Nummer als Komponenten.

Streik beim privaten Briefdienstleister

Seit der Öffnung von Bereichen im deutschen Briefmarkt wurden von der Bundesnetzagentur an rund 1400 privaten Zustelldienste Lizenzen vergeben.

Das Unternehmen „Porto sparen im Norden“ (PSIN) ist seit dem Jahr 2002 als eines dieser Unternehmen in Schleswig-Holstein am Markt und seit Juli dieses Jahres Tochter der bundesweit agierenden Pin Group, zu der sich WAZ, Springer und andere Zeitungsverlage zusammengeschlossen haben. Die Firma beschäftigt 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Beschäftigten wählten im Juli dieses Jahres einen Betriebsrat.

Skandalöse Arbeits- und Einkommensbedingungen

Die Arbeits- und Einkommensbedingungen für die Mitarbeiter von PSIN wurden bisher nicht tarifvertraglich geregelt, sondern sind ausschließlich individualrechtlich für jeden Beschäftigten im Arbeitsvertrag vereinbart. Der Arbeitgeber zahlt keinen Stundenlohn, sondern einen undurchsichtigen Stücklohn, nach Anzahl der zugestellten Sendungen. Rechnet man das auf Stundenlohnbasis um, so liegt der Verdienst für einen Spitzenverdiener bei etwa vier Euro und für einen Durchschnittsverdiener bei etwa zwei Euro.

Das Unternehmen ignoriert auch Urlaubsnormen und die Verpflichtung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder unterläuft sie durch dubiose Methoden. Das für einen Zusteller unverzichtbare Arbeitsmittel Fahrrad wird nicht vom Arbeitgeber gestellt. Auch nutzungsbedingte Reparaturen müssen die Beschäftigten aus eigener Tasche finanzieren.

Tarifvertrag gefordert

ver.di forderte den Arbeitgeber daher auf, in Tarifverhandlungen einzutreten. Da das Unternehmen alle Gesprächsangebote verweigerte, traten die Beschäftigten am 16. September in einen Warnstreik. Kurz danach entließ der Arbeitgeber zwei Betriebsratsmitglieder. Die Beschäftigten antworteten darauf mit der Verschärfung der Warnstreikmaßnahmen. Der Versuch des Arbeitgebers, dies rechtlich zu diskreditieren, schlug fehl. Das Arbeitsgericht in Kiel hat die mehrtägigen Warnstreikmaßnahmen ausdrücklich nicht für unzulässig erklärt. Vielmehr wurde in Folge des gerichtlichen Vergleichs zwischenzeitlich ein erster Termin für die Aufnahme der Tarifverhandlungen festgelegt.

Foto: ver.di

Foto: Aris Papadopoulos

Vertreter von ver.di sprachen Anfang Oktober mit dem Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, über katastrophale Arbeits- und Einkommensbedingungen bei den privaten Briefdienstleistern. Beschäftigte mit einer Vollzeitstelle müssten in der Lage sein, ihre Existenz mit dem verdienten Lohn zu bestreiten, so Müntefering. Zur Realisierung dieses Ziels habe die Politik eine Verantwortung und entsprechende Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, waren sich die Gesprächsteilnehmer einig. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe wird dazu Lösungsvorschläge entwickeln.

Kein Wettbewerb über Lohndumping

Damit wird unterstrichen, dass ein Wettbewerb über Sozial- und Lohndumping nicht akzeptabel ist. Ein Wettbewerb muss über das jeweils beste Betriebskonzept stattfinden.

Solche skandalösen Arbeits- und Einkommensbedingungen wie bei dem Unternehmen PSIN, verdeutlichen einmal mehr die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestlohns.

Wolfgang Abel

Freizeit-, Kultur- und Gewerkschaftstreffen in Venedig

Zu einem großen Erfolg gestaltete sich das ver.di-Freizeit-, Kultur- und Gewerkschaftstreffen vom 24. bis 30. September dieses Jahres. 1400 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland waren nach Lido di Jesolo bei Venedig gereist, um bei herrlichem Spätherbstwetter die Sehenswürdigkeiten der Region zu erkunden und sich mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zu treffen. Ausflüge nach Venedig und Verona sowie nach Aquileia und Grado, nach Murano und Burano standen auf dem Programm. Ein abwechlungsreiches Abendprogramm rundete den Tagesablauf ab.

Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg, das Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder und der Chefredakteur der ver.di-PUBLIK, Martin Kempe stellten sich beim Gewerkschaftstag den Fragen der Kolleginnen und Kollegen.

Foto: Peter Seydel

Im Zeichen der Solidarität für Beschäftigte bei DHL in den USA.

Ein ganz besonderer Höhepunkt war der Besuch einer Delegation der Gewerkschaft der DHL-Piloten aus Wilmington/USA. Dave Ross, der Präsident der Teamsters Local 1224 unterstrich in seinem Grußwort die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Konzerne. Er bedankte sich für die Unterstützung, welche ver.di der Pilotengewerkschaft in ihrem Kampf um Tarifverträge für die DHL-Beschäftigten in den USA gewährt. Rolf Büttner überreichte den amerikanischen Kollegen als sichtbares Zeichen der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität der Gewerkschaften eine ver.di-Fahne für ihr Gewerkschaftsgebäude auf dem DHL-Flughafen in Wilmington/Ohio.

Karl-Heinz Kindsvogel

ANZEIGE

TERMINE

BAD ZWISCHENAHN: Landesbezirksfachbereichskonferenz Niedersachsen-Bremen, 24.–25. Jan. 2007, TO: 1. Eröffnung; 2. Wahl Tagungsleitg; 3. Beschluss TO, Rahmenwahl- u. Verfahrensordnung; 4. Wahl Mandatsprüfungs- u. Wahlkomm., 5. Bestätigung Antragskomm.; 6. Geschäfts- und Finanzbericht; 7. Aussprache; 8. Bericht Mandatsprüfungskomm.; 9. Entlastung; 10. Referat; 11. Aussprache; 12. Beschluss Zahl Mitglieder LBzFBV; 13. Wahl Mitglieder LBzFBV; 14. Wahl Vors. u. Stellv..; 15. Empfehlung zur Berufung LBzLtr.; 16. Wahl Delegierte LBzK; 17. Wahl Delegierte BuK; 18. Wahl Delegierte BuFBK; 19. Entsendung weiterer Delegierter; 20. Wahl und Nominierung Kandidaten LBzV; 21. Beratung/Beschlussfassung über Anträge; 22. Schlusswort.

BERLIN: BeG Senioren Charlottenburg/Spandau FB 9, 10, Jahresversammlung, 31. Okt., 15 – 19 Uhr, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 a.

BeG Senioren Pankow/Weißensee/Prenzlauer Berg, Jahreshauptversammlung mit Weihnachtsfeier u. Jubilarehrung, 28. Nov., 15 Uhr, Gaststätte „Schönholzer Heide", Heinrich-Mann-Str. 31, Berlin-Niederschönhausen.

BeG Senioren Reinickendorf/Wedding FB 9, 10, Jubilarehrung u. Mitgliedertreffen, 21. Nov., 16.30 Uhr, Sportcasino Wackerplatz, Wackerweg 26, Anmeldung bis 15. Nov. unter 0 30/4 12 67 81 o. 49 87 58 75.

BICKELHEIM: Sprechstd. gemeinsam mit der Polizei, 1. Dienstag im Monat, 19 – 22 Uhr, Autohof Gau Bickelheim.

BINGEN: Landesbezirksfachbereichskonferenz Rheinland-Pfalz/Saar, 7.–8. Dez., 13 Uhr, NH-Hotel, Am Rhein Nahe Eck, TO: 1. Eröffnung; 2. Geschäftsbericht; 3. Entlastung; 4. Referat; 5. Bericht Mandatsprüfungs- u. Wahlkommission; 6. Wahlen und Nominierungen; 7. Beratung u. Beschlussfassung von Anträgen; 8. Verschiedenes.

BOCHUM: BeG Senioren NL Brief, Sprechstd., jd. 1. Freitag im Monat, 10.30 – 12 Uhr, Postamt, Eingang Wittener Str., Raum 315, 1. Etage.

BeG Senioren FB 10, Stammtisch, 27. Nov., 15 Uhr, Haus der Begegnung, Alsenstr. 19a.

BOTTROP: BeG Senioren FB 9, 10, Stammtisch, 1. Montag im Monat, 17.30 Uhr, Gaststätte Hürter, Gladbecker Str. 19a.

BRAUNSCHWEIG: OV Senioren FB 9, 10, Sprechstd., jd. Donnerstag 9 – 11 Uhr; Seniorentreffen, 2. Montag im Monat, 15 Uhr; Treffen jüngerer Senioren, letzter Dienstag im Monat, 15 Uhr, Viewegstraße 30, Tel. 05 31/7 55 69, DPG-Braunschweig@t-online.de.

BREMEN: OV Senioren FB 9, 10, Treffen, 1. Dienstag im Monat, 16 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofsplatz.

CASTROP-RAUXEL: BeG Postsenioren, Stammtisch, jd. Dienstag, 10.30 Uhr, Gaststätte „Zum Bus", Im Ort 11.

DORTMUND-LÜNEN: BeG Senioren FB 10, Sprechstd., letzter Dienstag im Monat, 10 – 12 Uhr, ver.di-Haus, Königswall 36.

DUISBURG: BeG Senioren FB 10 Bezirk Duisburg-Niederrhein, Mitgliederversammlung, Referat Älter werden in Duisburg, 16. Nov., 15 Uhr, Gaststätte Akazienhof, Düsseldorfer Str. 270.

ESSEN: BeG Senioren, Stammtisch, 2. Mittwoch im Monat, 10.30 Uhr, Gaststätte Schröder, Schäferstr. 17, nahe Hbf. Essen.

GIESSEN: OV Sped/KEP/Log Mittelhessen, Samstagstreffen, 4. Nov., 11 – 13 Uhr, Gaststätte „Justus im Hessischen Hof", Frankfurter Str. 7.

KIRCHHEIM: BeG Senioren, Stammtisch, 3. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Gaststätte Hasenstall, Kleintierzuchtverein, Siechenwiesen 1 – 9.

LÜDENSCHEID: OV Lenne/Volme FB 10, Sprechstd., 1. Freitag im Monat, 15 – 17 Uhr, Frachtbüro-Innendienst des Postamtes, Tel. 0 23 51/17 83 53.

MANNHEIM: BeG Senioren FB 10, Monatstreff, 6. Nov., 14 Uhr, Clubhaus ESC Blau Weiß Mannheim.

MAYEN: Sprechstd. für alle DGB-Mitglieder, jd. Montag, 16 – 18 Uhr, Gebäude der DAA, Hahnengasse 4, jd. Mittwoch, 9.30 – 11.30 Uhr, Gebäude Bhf Mayen Ost.

METTMANN/RATINGEN: BeG Senioren FB 10, Sprechstd., jd. Dienstag, 9.30 – 11.30 Uhr, Poststr. 24 – 26, Zimmer 210, Ratingen.

MÜNCHEN: BeG VE, Versammlung, 7. Nov., 14 Uhr, Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64, Großen Saal.

MÜNSTER: BeG Senioren FB 1, 9, 10, Info-Nachmittag Diavortrag Walter Gößling, 6. Nov.; Seminar in Bad Laer mit Referent Heinz Fröhlke, 8. – 10. Nov.; Oekumenischer Gottesdienst in Lamberti zu Ehren Verstorbener, 22. Nov.

NEUSS: BeG Senioren FB 10, Sprechstunde, 6. Nov., 10 – 12 Uhr, DGB-Haus Neuss, Oberstr. 4.

NÜRNBERG: BeG Senioren 1, 9, 10, Versammlung mit Referent Horst Steiner, 2. Nov., 14.30 Uhr; Genossenschaftssaalbau Matthäus-Herrmann-Platz.

ORTENAU: BeG-Senioren Post/Telekom, Sprechstunde, jd. Mittwoch 10 – 12 Uhr unter 07 81/91 71 14.

REUTLINGEN: BeG Senioren, Stammtisch, 2. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr.

ULM: BeG VE 9 und 10, Monatstreff, 2. Nov., 14.30 Uhr, „Krone", Söflingen.

WERRA-MEIßNER: BeG Senioren FB 9,10, Info-Veranstaltung, 16. Nov., 14 Uhr, Gaststätte Rost, Eschwege-Niddawitzhausen.

WORMS: BeG Postsenioren, Stammtisch, 1. Mittwoch im Monat, 15 – 17 Uhr; Sprechstd. ab 14.30 Uhr, „Alte Schule", Neuhausen.

WUPPERTAL: BeG Senioren FB 10, Aktuelles mit Harald Wolf, 14. Nov., 10 Uhr, Fußballverband, Fiedrich-Engels-Allee 127.

Würzburg: BeG Senioren FB 9, 10, Versammlung, 2. Nov., 14.30 Uhr, Luisengarten; Fahrt nach Obereisenhelm, 15. Nov., Abf. 13 Uhr, Bismarckstr.; Seniorenwandergruppe, jd. Mittwoch, Infos unter Tel. 09 31/7 69 19.

ZWICKAU: BeG Senioren FB 10, Ausfahrt in das Spielzeugmuseum Seiffen, 15. Nov., 9 – 19 Uhr, Abfahrt Alte Reichenbacher Straße Nähe Zentralhaltestelle, Anmeldung bis 31. Okt.

Zum ersten Mal gibt es exklusiv bei ver.di ein H0-Modell-Set. Es beinhaltet die drei Modelle MB Atego LKW mit Hänger (Länge 20 cm), MB Sprinter (Länge 6,5 cm) und Renault Kangoo (Länge 4,5 cm). Die aufwändige vierfarbige Bedruckung und die Detailtreue machen die Modelle in diesem Set bestimmt zu begehrten Sammlerstücken. Das Modell-Set Nr. 1 ist streng auf 10 000 Stück limitiert und kostet 15 Euro pro Stück inklusive Mehrwertsteuer und Versand. Bestellungen des Modell-Sets Nr. 1 über EWE Creativ, Mecklenburger Str. 6, 21481 Lauenburg. Fax: 0 41 53/47 94, E-Mail: webmaster@ewecreativ.de